Winter & Frühling 2014 Ausgabe No.2

OUTLINE

... News, Facts & Events aus MV

Aufruf: „Still loving bleiberecht!“ - Kein Mensch ist illegal! Refugees welcome! . . **Seite 2**
„Kapitalismus ist die Krise“ - kapitalistische Verwertungslogik und Alltagsrassismus . **Seite 3**
Eine kurze Geschichte des Antifaschismus . . . . . **Seite 5**
Die Rote Hilfe e.V. zum problematischen Umgang mit der Parole a.C.a.B. . . **Seite 7**
Auswertung der erfolgreichen Aktionstag Rock gegen Rechts Stralsund 2013 . . **Seite 9**
JETZT bestellen: Antirassistischer Soli-Sampler „Still loving bleiberecht“ . . . **Seite 11**

Vorwort zur zweiten Ausgabe

Nachdem sich die erste Ausgabe unserer Heftreihe unter anderem mit den Bundestagswahlen und allem, was damit zusammenhing, befasste, legen wir in dieser Ausgabe neue Schwerpunkte. Die zunehmende Hetze gegen Flüchtlinge durch Nazis und vermeintlich „normale Bürger_Innen“ nimmt auch in MV immer größere Dimensionen an. Antirassistische Arbeit ist deshalb kein Randthema, welches sich so nebenbei abarbeiten lässt. Mit unserer Kampagne „Still loving bleiberecht“, die nach den vergangenen Bundestagswahlen nun in die zweite Runde geht, wollen wir auf die Probleme von Flüchtlingen aufmerksam machen. Neben einer Neuauflage unserer Broschüre "Refugees welcome" haben wir auch zwei neue Stickermotive zur Thematik gedruckt. In Hinblick auf die Blockupy Aktionstage 2014 haben wir uns in einem Beitrag dem Zusammenhang von (Alltags-)Rassismus und der kapitalistischer Verwertungslogik beschäftigt. Besonders ans Herz legen möchten wir euch unseren AntiRa-Soli Sampler, den wir auf der letzten Seite unseres Heftes vorstellen. Die Erlöse aus der CD gehen an die Berliner Refugees auf dem Oranienplatz. Neben einer Auswertung der Aktionstage 2013 der Initiative "Rock gegen Rechts Stralsund" befassen wir uns in einem kurzen Abriss über die Ursprünge und Entwicklungen der „Antifaschistischen Aktion“. In unser neues Heft reinzuschauen, lohnt sich also.

Viel Spaß beim Lesen! Eure Outline-Redaktion

Titelbild: *Demonstration „Refugees welcome“ am 19.10.2013 in Rostock. Mit über 1.500 Teilnehmer_Innen es seit der Demonstration anlässlich des 20. Jahrestag der Pogrome in Rostock/Lichtenhagen die größte Demo in Mecklenburg-Vorpommern, an der unter anderem auch Flüchtlinge verschiedenen Heimen beteiligten (Foto: René Strammber).*

Eigentumsvorbehalt: **Nach dem Eigentumsvorbehalt ist diese Broschüre solange Eigentum Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur Habenahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.**

Impressum

Herausgegeben vom *Infoportal für antifaschistische Kultur und Politik aus Mecklenburg-Vorpommern (INO)*

V.i.S.d.P.: *Marko Neumann*

Redaktion: *Marko Neumann und Janin Krude*

Kontakt: *outline.hefte[ätt]gmx.de*

Internet: *http://outline.blogsport.de/*

Facebook: *facebook.com/outline.zeitung*

Hinweis: *Namentlich gekennzeichnete Beiträge sowie Artikel anderer Gruppen entsprechen nicht zwangsläufig der Meinung der Redaktion.*

Aufruf: „Still loving Bleiberecht“
Kein Mensch ist illegal! Refugees welcome!

Viele Menschen müssen aus dem Land, in dem sie aufgewachsen sind, fliehen. In der Hoffnung auf ein besseres Leben nehmen sie eine lange und gefährliche Reise auf sich, deren Ausgang ungewiss ist. Die Situationen der wenigen Asylsuchenden, die es nach Deutschland schaffen, ist immer noch sehr prekär. Viele Monate und Jahre leben sie in Ungewissheit darüber, ob sie hier bleiben dürfen oder nicht. Meistens sind sie auf engstem Raum mit mehreren anderen – oft fremden - Personen und in entlegenen Orten in Lagern untergebracht. Während des Asylverfahrens dürfen sie weder arbeiten noch eine Ausbildung machen, erhalten – wenn überhaupt – deutlich weniger Sozialleistungen als üblich oder – häufiger – Einkaufsgutscheine und ein kleines Taschengeld.

Nur knapp zwei Prozent der Flüchtlinge, die einen Asylantrag stellen, bekommen überhaupt einen positiven Bescheid. Selbst wer geduldet wird oder wessen Asylantrag bestätigt wird, kann sich keineswegs sicher sein, auch dauerhaft in Deutschland bleiben zu dürfen. Auch nach Jahren können die betroffenen Menschen zurückgeschoben werden. Zur indirekten Diskriminierung durch Gesetze und den Staat kommt direkte Diskriminierung durch Mitmenschen hinzu. Und nicht zuletzt auch im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt haben es Migrant_Innen – oder solche, die dafür gehalten werden – wesentlich schwerer als schon länger oder immer in Deutschland Lebende.

Allzu oft bedienen sich auch Rechtspopulist_Innen der Gefühle und Ängste der Menschen, um Sündenböcke für tief liegende, komplexe soziale Probleme zu konstruieren. Nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa formieren sich die sogenannten Pro-Bewegungen und rechtspopulistische Parteien, die vielerorts an Einfluss gewinnen oder diesen bereits in Parlamenten oder gar Regierungen ausüben. Sie profitieren dabei von der zunehmenden Arbeitslosigkeit, Zukunftsangst und sozialen Unsicherheiten große Teile der Gesellschaft, die empfänglich machen für die vermeintlich einfachen Lösungen der Rechtspopulist_Innen und Nazis.

Kulturelle Erklärungsansätze für gesellschaftliche Missstände verstellen jedoch den Blick auf ihre vielfältigen sozialen und strukturellen Ursachen. Die Gründe für gesellschaftliche Probleme liegen nicht bei Minderheiten, auf die sie projiziert werden. Sie sind unter anderem im kapitalistischen Wirtschaftssystem begründet, welches mit dem Dogma der Profitmaximierung die Konkurrenz als einzige Form des Wirtschaftens hervorbringt und somit die Wurzel für prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Massenentlassungen – sprich: die gesamte Ellenbogengesellschaft - darstellt. So wird existenzielle Unsicherheit in der Bevölkerung gestiftet, welche schnell zum Nährboden für menschenfeindliche Ressentiments und Ideologien wird.

Die Lösung dafür kann nicht darin liegen, Vorurteile und Hass zu streuen und verschiedene gesellschaftliche Gruppen gegeneinander auszuspielen. Der Ausweg kann nur die gemeinsame und solidarische Überwindung dieses Systems sein!

Kein Mensch ist illegal! Refugees welcome!

Mehr Infos findet ihr auf *ino.blogsport.de*. Checkt auch regelmäßig unsere Kampagnenseite auf Facebook unter *facebook.com/stilllovingbleiberecht*

„Kapitalismus ist die Krise“ – Über den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Verwertungslogik und rassistischem Alltag

Von Franziska Wilke und Marko Neumann

Rassismus ist Alltag in Deutschland. Egal ob Pöbelein in öffentlichen Verkehrsmittel, in Diskos oder Kneipen oder rassistische Gesetze der Behörden – Flüchtlingen und Menschen, die für solche gehalten werden, sehen sich zunehmend Anfeindungen ausgesetzt. Die steigende Diskriminierung von Randgruppen hängt dabei direkt mit der sich stetig verschärfenden Krise des kapitalistischen Systems zusammen.
Die Außengrenzen der EU werden durch die sogenannte „Grenzagentur“ Frontex überwacht. Abkommen mit den europäischen Ländern auf den Migrationsrouten schotten die Festung Europa zusätzlich ab. Diejenigen, die die lebensgefährliche Reise überstehen, werden nicht selten als Billiglöhner_Innen in den Schattenökonomien, wie beispielsweise der Landwirtschaft oder Gastronomien profitabel ausgebeutet. Viele der Geflüchteten werden durch das Verbot legaler Arbeit ausgegrenzt. Die Residenzpflicht drangsaliert die Flüchtlinge zusätzlich und häufig müssen sie in abgelegenenen Sammellager auf eine ungewisse Zukunft warten.

Menschen retten, nicht Banken!
Durch die vermeintliche „Bankenrettumg“ wurden die Milliardenverluste aus der Wirtschafts- und Finanzkrise vielerorts zu einer ruinösen Staatsschuldenkrise. Faktisch wurden Verluste von Banken und Unternehmen auf die Allgemeinheit umgelegt. Von (neo-)liberalen Dogmen wie der „unsichtbaren Hand des Marktes“ (Adam Smith) oder der „reinigenden Krisen“ (Schumpeter) war damals wenig zu hören.
Dabei ist das Muster seit dem IWK-Strukturanpassungsprogrammen der 1980er Jahren immer gleich: Privatisierungen staatseigener Betriebe, Kürzung von Renten und Pensionen, Massenentlassungen und Kürzung von Löhnen und Arbeitslosengeldern sowie Beschneidung von Arbeitsrechten der Beschäftigten.
Die derzeitige Politik der Bundesrepublik und des gesamten Herrschaftsclan aus europäischen Instituten, Wirtschaftsverbänden und Banken ist davon geprägt, die Krise zu nutzen, um die Machtverhältnisse zugunsten der Kapitalseite zu verändern. Viele Kapitalfunktionen ringen dabei um die genaue Justierung des Kurses, den der „Block an der Macht“ (Gramsci) dabei einschlägt.
Fast allen Herrschaftsgruppen ist dabei gemein, dass die existierende Europastrategie zusammen mit der langfristigen Etablierung eines Herrschaftsraums unter deutscher Hegemonie ein lohnenswertes Ziel ist. Insbesondere deutsche Großbanken und die exportorientierte deutsche Wirtschaft haben durch den Euroraum enorme Gewinne eingefahren und sind eindeutig der Gewinner_Innen der aktuellen Entwicklung.
Der Hauptteil der Gelder „an Griechenland“ fließt direkt in die Geberländer zurück, entweder als Sicherheit für deutsche Kredite, Spekulationsgewinne oder Firmenanteile. Eine besondere Führungsrolle auch hier der Bundesrepublik zu Teil. Diese Hegemonie scheint im Moment felsenfest, sie kann jedoch dann brüchig werden, wenn die Krisenfolgen auch in Deutschland spürbar werden und das Kartenhaus aus Lügen über die „faulen Südländer“ und anderer „fleißigen Deutschen“ zusammenbricht.

Sündenbock: „Flüchtling“
Gleichzeitig wächst der Druck gegen Geflüchtete ist in allen Ländern: Irland wies alle Migrant_Innen ohne Arbeitsplatz aus, Spanien verbot ihre kostenlose medizinische Behandlung, in Griechenland wurden tausende Migrant_Innen in Lager gesperrt und lange dort lebende Flüchtlinge durch neue Gesetze in die Illegalität getrieben. Neben diesem staatlichen Rassismus nimmt natürlich auch wechselseitig bedingt gesellschaftlicher Rassismus zu.
Sollte es einer rechten Partei oder einder anderen Formierung gelingen, die Themen „Eurokritik“

und/oder „Islam“ mit einer öffentlichkeitswirksamen politischen Kampagne zu verbinden oder eins der beiden Themen durch aktuelle politische oder ökonomische Ereignisse massenwirksam wird, kann auch in Deutschland eine eigenständige rechte Formierung mit Massenpotenzial entstehen. Der Fast-Einzug der „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist hierfür beispielhaft. Die rechtspopulistische Partei konnte über neofaschistische und rechtskonservative Kreise hinaus Wähler_Innenpotenzial entwickeln. Auch wenn der medienbegleitete (und begünstigte) Aufsteig der AfD nicht den Erfolg hatte, wie rechtspopulistische Parteien in anderen europäischen Ländern, wird die Tendenz hier deutlich. Die NPD ist nach wie vor ein wichtiger Knotenpunkt für Rassist_Innen in Deutschland. Sie bietet einen Erlebnisraum durch Aufmärsche, Parteiarbeit, Schulungen und Propagandamaterial. Zudem bilden die Erlebniswelten von Rechtsrock-Konzerten und NS-Musik im allgemeinen wichtige Rekrutierungsräume für die militante Naziszene.

Was tun? Was tun!

Die gesellschaftliche Isolation zu durchbrechen ist für antifaschistische Gruppen und Initiativen durchaus möglich, wie Bündnisse gegen Naziaufmärsche in der ganzen Bundesrepublik zeigen. Durch die Herausforderung und die gemeinsame antifaschistische Aktion ist beispielsweise in Dresden ein wirklicher Erfolg gegen die Nazis und auch den konservativen Block gelungen. Die Erfahrungen aus Bündnissen gegen Naziaufmärsche können jedoch nicht verallgemeinert werden und bürgerliche Antifaschchist_Innen sind sozialpolitisch oft die Adressat_Innen linksradikaler Kritik.
Die Themenfelder „Eurokritik“ und „Islamkritik“ sind aktuell die Schlüssel einer Neuformierung des rechten Lagers, welches mittlerweile vor keiner gesellschaftlichen Schicht Halt macht. Eine Analyse des bestehenden Rechtspopulismus und seine frühzeitige Bekämpfung muss deshalb für die radikale Linke eine zentrale Aufgabe sein. Die alltägliche Verbindung von sozialen Kämpfen um Arbeitsbedingungen, Mietsteigerungen und anderen konkreten Krisenauswirkungen mit antirassistischen und antifaschistischen Positionen ist dabei absolut notwendig.
Erst wenn die radikale Linke, auch außerhalb der gesellschaftlichen Isolation, wieder zur Ansprechpartnerin wird und mit ihr auch eine Hoffnung auf (partielle) Erfolge verbunden wird, besteht die Möglichkeit in der aktuellen tiefgreifenden Krise des Kapitalismus sichtbar und wirksam zu werden. Ungleichheit und Ausgrenzung ist integraler Bestandteil des kapitalistischen Systems. Dies aufzuzeigen und anhand praktischer und konkreter Beispiele zu verdeutlichen, muss in den kommenden Monaten und Jahren die wichtigste Aufgabe linksradikaler Politik sein.

Eine kurze Geschichte des Antifaschismus

Von *Franziska Wilke und Marko Neumann*

Antifaschistische Gruppen und Initiativen gibt es fast genauso lange wie faschistische Bewegungen selbst. Immer wieder hat sich der Antifaschismus in Deutschland gewandelt, um sich neuen Herausforderungen stellen zu können. Wie entstand die Antifa und welche Entwicklung machte sie durch und welche Aufgaben stehen für die Zukunft an? Findet hier Ansätze für Antworten auf diese und anderen Fragen.

Die Antifaschistische Aktion

Zu Beginn der 1930er Jahre entstand die „Antifaschistische Aktion“ auf Initiative der Komunistischen Partei Deutschlands (KPD). Die Gründung im Mai 1932 war der späte Versuch, im Sinne einer Einheitsfrontpolitik die Arbeiterbewegung jener Zeit im Kampf gegen die drohende Machtübertragung auf die Nationalsozialisten der NSDAP zu sammeln. Bereits kurz nach der Machtübertragung wurden die meisten Aktivist_Innen inhaftiert, nur wenige konnten den Widerstand über einige Monate hinaus aufrecht erhalten.

Befreiung und Nachkriegsjahre

Nach der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus war die Entnazifizierung auf Grundlage des Potsdamer Abkommens zunächst antifaschistischer Anspruch der alliierten, bestehend aus USA, England, Frankreich und nicht zuletzt der Sowjetunion. Deutschland wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt.

In den westlichen Besatzungszonen – der späteren BRD – wurde mit Beginn der 1950er Jahre ein Großteil von Funktionsträgern aus der Nazizeit in wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen übernommen und integriert. Auch die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse änderten nichts an dieser Kontinuität, welche die Gesellschaft der BRD prägte. Auch in der späteren DDR fassten ehemalige NSDAP Kader niederen und mittleren Ranges Fuß in der vermeintlich sozialistischen Gesellschaft. Bereits 1947 hatten sich ehemalige Widerstandskämpder_Innen, Überlebende und Verfolgte des NS-Regimes zur Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) zusammengeschlossen. Die VVN arbeitete vor allem im Bereich der Erinnerungspolitik und legte eine Menge Material über „ehemalige“ Nazis offen.

Sensibilisierung und Umbruch

Die Jahre 1979 und 1980 waren zunächst Höhepunkte antifaschistischer Aktivitäten und Diskussionen im damaligen Westdeutschland. Dies lag zum einen an der Tatsache, dass 1979 Morde, die während der NS-Zeit begangen worden waren, verjähren sollten und zum anderen lag es an der Kanzler-Kandidatur des ultrarechten CSU-Politikers Franz-Josef Strauß zur Bundestagswahl 1980. Die „Stoppt Strauß"-Kampagne gab der antifaschistischen Bewegung neuen Schwung. Nicht zuletzt die Austrahlung der mehrteililigen US-amerikanischen Fernsehserie „Holocaust" begünstigte die Entwicklung eines zunehmenden antifaschistischen Selbstbewusstseins in der Bundesrepublik. Die Anfang der frühen 1980er Jahre angestoßene antifaschistische Sensibilisierung hielt nicht lange. Andere Themen überlagerten das politische Bewusstsein. Die Ablehnung von Atomenergie und die Angst vor einem Dritten Weltkrieg standen im Fokus. Mit dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik änderte sich antifaschistisches Engagement wieder einmal völlig.

Die Wende

Der einsetzende deutschnationale Taumel Anfang der 1990er Jahre, die nationalistisch-aggressive Aufladung von Ideen wie „Wir sind das Volk" waren Ursachen und Nährboden zugleich für das Entstehen neofaschistischer Gruppen. Besonders in Ostdeutschland bildeten sich Neonazi-Cliquen, die bald ganze Städte unsicher machen sollten.

Gleichzeitig machte die linke Bewegung eine neue Wandlung durch. War Antifaschismus in Westdeutschland bis in die 1980er Jahren lediglich ein Teilbereich der linken Protestbewegung gewesen, entwickelte sich nun eine eigene antifaschistische Bewegung. Autonome Antifa Gruppen gründeten sich in ganz Deutschland. Die Pogrome in der Bundesrepublik und die Debatte um die defacto Abschaffung des Asylrechts in deutschland begünstigten diese Entwicklung. Im Zentrum antifaschistischen Widerstands stand damals nicht selten die Parole „Antifa heißt Angriff!", was in diesem Kontext bedeutete, sich aktiv, offensiv und gegebenenfalls militant gegen Naziangriffe zur Wehr zu setzen.

Anfang der 1990er Jahre diskutierte mensch innerhalb der Antifa-Szene über mögliche Aktionsformen. Das Ergebnis waren unter anderem die Gründung der Antifaschistischen Aktion / Bundesweite Organisation (AA/BO) und das Bundesweite Antifatreffen (BAT). Beide Projekte existierten bis 2001 nebeneinander, bis sie sich selbst auflösten.

Fazit

Antifaschismus wird zwar immer von Vielen als hauptsächlich praktischer Ansatz empfunden, aber er muss weitreichender sein. Das bedeutet den Blickwinkel für andere gesellschaftliche Konfliktfelder zu öffnen. Die Proteste der Antikriegsbewegung, die Aktionen der globalisierungskritischen Bewegung und die sozialen Proteste gegen die Agenda 2010, die Fortführung und Verschärfung sozialer Ungleichheit, sowie die aktuelle Bankenkrise bilden ebenfalls wichtige Kristalisationspunkte für die antifaschistische Bewegung. Antifa zu sein, bedeutet heute mehr als nur „gegen Nazis" zu sein. Die gesellschaftlichen Ursachen für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gilt es auch über 70 Jahre nach der Nazi-Barbarei und über 20 Jahre nach den Pogromen von Rostock/Lichtenhagen und anderswo aufzuzeigen und zu bekämpfen.

Bild vorherige Seite: Die Fahnen der Antifaschistischen Aktion. *Links die heutige Version, rechts, das historische Logo.*

Bild Seite 4: *Refugees aus der ganzen Bundesrepublik nach einem Protest-marsch kurz nach ihrer Ankunft 2012 auf dem Oranienplatz in Berlin. (Quelle: asylstrikeberlin.wordpress.com)*

Die Rote Hilfe e.V. zum problematischen Gebrauch der Parole a.C.a.B.

Diese Parole kennt wohl fast jede_r von uns. Sie steht auf Stickern, T-Shirts, wird auf Demos gerufen, ist auch bei Nazis weit verbreitet und genießt auch in sich als links definierenden Zusammenhängen eine hohe Popularität. Wir, die Rote Hilfe e.V., halten A.C.A.B. grundsätzlich für kritikwürdig und für schwer vereinbar mit unserem Grundverständnis von linker politischer Tätigkeit. Wir haben auf Grund dieser Parole immer wieder Repressionsfälle und wollen uns deshalb mit diesem Flyer zu der Aussage positionieren und erläutern, was wir konkret an diesem Statement für nichtemanzipatorisch halten.

Wir hoffen, dass wir hiermit einen Diskurs und eine Reflexion innerhalb der linken Bewegung um A.C.A.B. und ähnliche stumpfe Parolen anstoßen können. Klar ist: Es gibt viele gute Gründe, wütend auf Polizist_innen zu sein! Das reicht von alltäglicher Polizeigewalt bis hin zur Funktion von Polizei zur Sicherung bestehender Herrschaftsinteressen im Kapitalismus. Der politische Sinn davon, Polizeibeamt_innen zu beleidigen, soll hier nicht erörtert werden. Wenn es passiert, sollte allerdings auf A.C.A.B. verzichtet werden!

Wo liegt das Problem?
A.C.A.B. wird allgemein mit „all cops are bastards“ übersetzt, zu Deutsch: „Alle Polizisten sind Bastarde“. „Bastard“ war ursprünglich die gar nicht abfällige Bezeichnung für ein uneheliches Kind, meist mit eine_r Partner_in aus niedrigem Stand. Im Laufe der Zeit änderte sich die Bedeutung allerdings deutlich und wurde zu einer Beleidigung. Das ergibt Sinn, wenn ein Großbürger seinen Sohn nicht mit einer Proletarierin zusammen sehen beziehungsweise das aus dieser Verbindung hervorgehende Kind nicht anerkennen will. Das ergibt Sinn, wenn Kirchenfürsten gegen die „Unmoral“ wettern. Als Schimpfwort können diese Bezeichnung in diesem Falle also nur Menschen benutzen, die entweder die „heilige Institution der Ehe“ richtig super finden oder etwas dagegen haben, dass uneheliche Kinder die gleichen Rechte haben wie „eheliche“, oder grundsätzlich gegen „außerehelichen Geschlechtsverkehr“ sind. Schlimmere Bedeutung erlangte das Wort, als begonnen wurde, Kinder von Eltern unterschiedlicher Hautfarbe als „Bastarde“ zu bezeichnen. Diese Kinder, als „Mischung zweier Rassen“, hätten kein „reines Blut“ mehr und seien somit weniger wert als „reinblütige, reinrassige Menschen“. So wurden beispielsweise nach dem Ersten Weltkrieg Kinder von „einheimischen“ Frauen und Soldaten aus den französischen Kolonien in Afrika, die bei der Besetzung des Rheinlands involviert waren, als „Rheinlandbastarde“ bezeichnet. Sowohl die Kinder als auch ihre Mütter waren Diskriminierungen ausgesetzt. Die Nationalsozialisten hatten sich mit ihrer „Rassentheorie“ dann ein Instrument gebastelt, nach der solche „Bastarde“ mindestens zwangssterilisiert, wenn nicht umgebracht wurden. Personen oder Personengruppen als „Bastarde“ zu bezeichnen, bedeutet also, die gesellschaftliche Entwertung zu übernehmen, die auf Grund von Moralvorstellungen oder Rassismus Kinder bestimmter Eltern als minderwertig betrachtet. A.C.A.B. ist also eine Beschimpfung, die entweder von glühenden Verfechter_innen der Eheschließung oder Rassist_innen benutzt wird und auch den Nazis sehr gut in ihr Weltbild vom „deutschen Volkstod“ passt. Merkwürdig nur, dass viele Linke damit ebenfalls kein Problem zu haben scheinen.

Wie kann also „Bastard“ im Wortschatz vieler Linker einen Platz haben? Den Begriff mit sich

herumzutragen, an Wände zu malen oder auf Demonstrationen zu rufen, ist vor dem Hintergrund linker, emanzipatorischer, antifaschistischer, antisexistischer und klassenkämpferischer Ansichten dringend diskussionswürdig.

Wer oder was ist die Rote Hilfe?
Die Rote Hilfe ist eine Solidaritätsorganisation, die politisch Verfolgte aus dem linken Spektrum unterstützt. Sie konzentriert sich auf politisch Verfolgte aus der BRD, bezieht aber auch nach Kräften Verfolgte aus anderen Ländern ein. Unsere Unterstützung gilt allen, die als Linke wegen ihres politischen Handelns, z.B. wegen presserechtlicher Verantwortlichkeit für staatsverunglimpfende Schriften, wegen Teilnahme an spontanen Streiks, wegen Widerstand gegen polizeiliche Übergriffe oder wegen Unterstützung der Zusammenlegungsforderung für politische Gefangene ihren Arbeitsplatz verlieren, vor Gericht gestellt, verurteilt werden. Ebenso denen, die in einem anderen Staat verfolgt werden und denen hier politisches Asyl verweigert wird.
In Mecklenburg-Vorpommern gibt es aktuell drei Ortsgruppen der Roten Hilfe: in Greifswald, Rostock und Wismar. Mehr Infos über die RH bekomt ihr im Internet unter *www.rote-hilfe.de* oder auf *rotehilfegreifswald.blogsport.de*.

----------Keine Anzeige----------

Bitte sagen Sie jetzt nichts!

BUNDESVORSTAND DER ROTEN HILFE E.V.
BUNDESARBEITSTREFFEN »AUSSAGEVERWEIGERUNG«
[HRSG.]

THEMA:
AUSSAGE VERWEIGERUNG
UND VERHÖRMETHODEN

ROTE HILFE E.V.

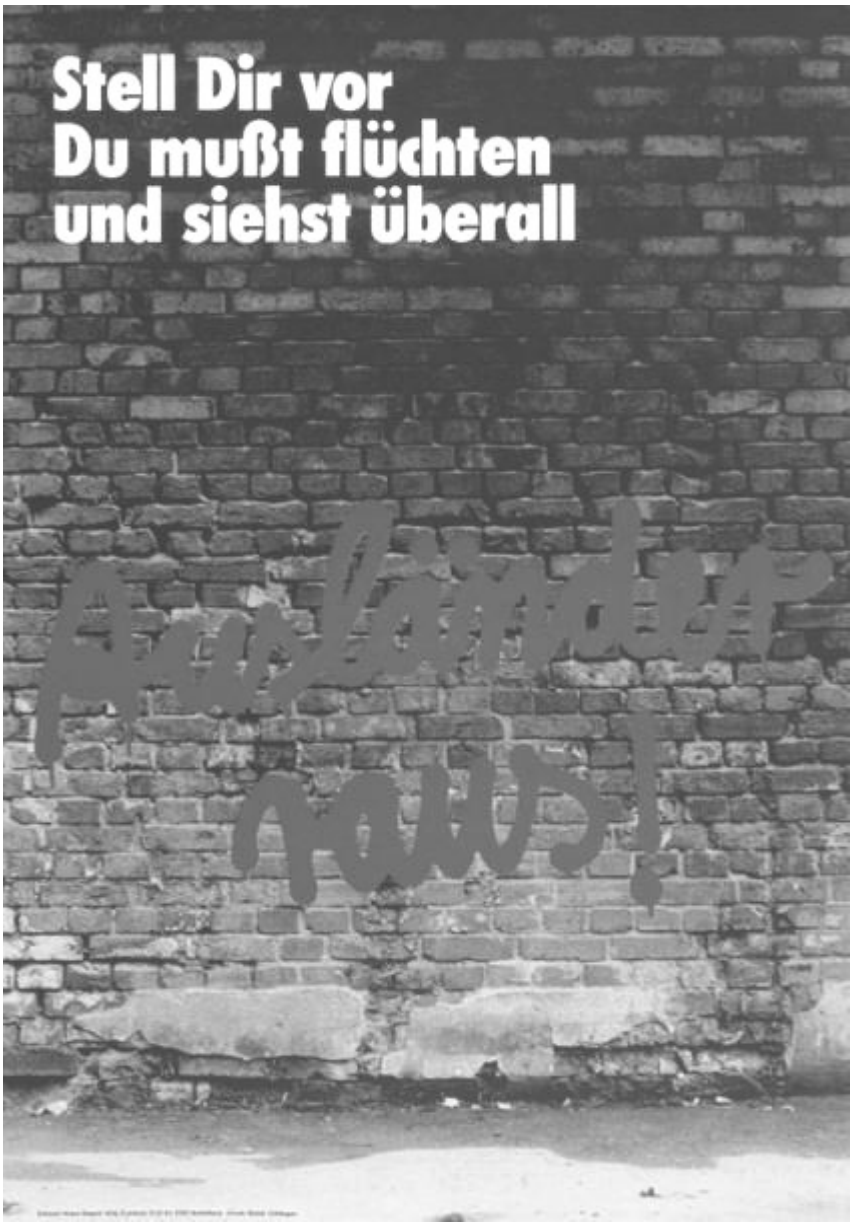
DIE NEUE BROSCHÜRE

64 Seiten geballte Infos, warum Anna und Artur auch heute noch gegenüber Polizei und Staatsanwaltschaft das Maul halten. Neu: Ein ausführlicher Anhang zu den Verhörmethoden der Ermittlungsbehörden.

► Gegen Spende in jedem gut sortierten Infoladen.

► Gegen Spende sowie Porto- und Versandkosten per Post bei
Rote Hilfe e.V. · Literaturvertrieb
Postfach 6444 · 24125 Kiel
Telefon + Fax 0431-75141
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

„politische Verhältnisse im Kreis sind schwierig“ - Kraftvoller Abschluss der Rock gegen Rechts Stralsund Aktionstage 2013



Die Stralsunder Initiative Rock gegen Rechts plant für das Jahr 2014 viele Veranstaltungen unter dem Motto „grenzenlose Solidarität – Refugees Welcome“

„Auch 2013 konnten wieder viele Veranstaltungen aufgrund des hohen Einsatzes aller Beteiligten erfolgreich umgesetzt werden.“, erklärte Jens Knoop, organisatorischer Leiter der Initiative, rückblickend auf die Aktionstage. Es geht darum gemeinsam Erfolge zu feiern, sich über politisches Geschehen auszutauschen und „Kraft zu tanken“ um den Mut, den die einzelnen Akteure haben, in Taten umzusetzen, so Andreas Müller, Pressesprecher der Initiative, weiter.

Eine der größten Veranstaltungen im Jahr 2013 war die Filmvorführung von „Blut muss fließen – undercover unter Nazis“. 600 Einwohner, darunter auch sehr viele Schüler, sahen den Film in zwei Vorführungen und einer Abendveranstaltung. Hier wurde sich mit dem Thema rechte Musikszene auseinander gesetzt. Ein sehr wichtiges Thema für die Region, denn auch in Vorpommern finden jedes Jahr Neonazikonzerte statt. Auch Günther Hoffmann hatte das Thema in einem Vortrag aufgegriffen. Er referierte über den Einstieg in die rechte Szene, die Entwicklung der rechten Szene und deren Verbindungen in das in Deutschland verbotene Blood&Honour Netzwerk.

Markus Bernhardt stellte sein Buch „Das braune Netz“ vor. Er äußerte sich zum NSU Prozess und zu den staatlichen Verstrickungen mit Rechtsterroristen.

Das Thema Rassismus hat in diesem Jahr viel Platz eingenommen. So wurde das Buch „Rassismus in der Leistungsgesellschaft“ vorgestellt und sich besonders mit dem antimuslimischen Rassismus und rassistischen Tendenzen in der Fußballszene beschäftigt. Es ist Tatsache, dass die Gesellschaft weiter nach rechts tendiert, Sarrazin’s Thesen in der Mitte der Gesellschaft vertreten werden und Medien unter diesen Gesichtspunkten auch kritisch zu betrachten sind.

Ein weiterer Erfolg für das Bündnis war in diesem Jahr die Kooperation mit Schulen und die Durchführung des Fußballturniers „Kickt gegen Rassismus“. Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass viele Partner die Aktionstage über Jahre hinweg schon unterstützen, was auch dem Fußballturnier zu gute kam.

Kaum sind die Aktionstage gegen Rechts in Stralsund vorbei, befasst sich das Bündnis schon mit dem Programm für das nächste Jahr.
Die Schwerpunktthemen im Jahr 2014 werden Rassismus und Rechtspopulismus sein. Es wird vielfältige Veranstaltungen in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen der Stadt und des Landkreises Vorpommern-Rügen geben. Egal ob Musik, Theater, Ausstellungen, Kunst, Filmabende oder Vorträge - alles wird auch bei den kommenden Aktionstagen dabei sein. Und weil das lange nicht alles ist, wird 2014 nicht nur das Fußballturnier „Kickt gegen Rassismus“, wiederholt, sondern auch eine weitere Sportveranstaltung organisiert.

Politische Verhältnisse im Kreis sind schwierig
Die Aktionstage Rock gegen Rechts werden immer mit Themen gefüllt, die wichtig und akut für den Landkreis Vorpommern-Rügen und für die Hansestadt Stralsund sind. So möchte die Initiative die Themen Rassismus und Rechtspopulismus im Jahr 2014 besonders aufgreifen. „Die gesellschaftliche Entwicklung ist fatal und dem muss man mit Aufklärung und Handeln entgegengewirken“, so Andreas Müller. Besonders junge Menschen haben oft ein hohes Potenzial rassistische Tendenzen zu entwickeln, aber auch die ältere Generation kann man hier nicht verschweigen. So müssen politische Verhältnisse auch im Kreistag geschaffen werden, die einer sogenannten „Lagerpolitik“ entgegenwirken. „Demokratie heißt für uns, dass jeder Mensch beteiligt wird, unabhängig von der Staatsbürgerschaft oder vom Geschlecht. Ersteres sehen wir in unserem Landkreis nicht. Wir positionieren uns bewusst gegen einen Ausbau bzw. Neubau der Asylbewerber_innen Unterkunft und setzen uns ein für ein selbstbestimmtes Wohnen der Asylbewerber_innen. Dafür bedarf es auch einer guten Betreuung!“ so Jens Knoop.

Bild nächste Seite: *Der neue antirassistische Soli Sampler mit schicker Klarsichthülle. Jetzt bestellen!*
Bild vorherige Seite: *Plakat „Stell Dir vor Du mußt flüchten und du siehst überall AUSLÄNDER RAUS“ (Quelle: Rock gegen Rechts Stralsund)*

JETZT bestellen: Antirassistischer Soli-Sampler „Still loving bleiberecht!“

Von Janin Krude und Marko Neumann

In kaum einem anderen Land Europas werden Flüchtlinge derart schikaniert wie in Deutschland. Langwierige Asylverfahren, Alltagsrassismus in allen Lebensbereichen, Residenzpflicht in den meisten Bundesländern – all das gehört zum Alltag von Flüchtlingen in der Bundesrepublik.
Egal ob die Soli-Gruppen nach dem Flüchtlingsunglück vor Lampedusa, bei dem über 300 Menschen starben, das Flüchtlingscamp in Berlin, die KARAWANE oder andere Initiativen – gegen die oft menschenverachtende Behandlung von Flüchtlingen organisiert sich zunehmender Widerstand.
In nur wenigen Wochen Vorbereitung konnten wir mit Hilfe der Unterstützung verschiedenster Bands und Initiativen einen antirassistischen Soli Sampler gestalten. Unter dem Motto „Still loving bleiberecht!“ haben sich 23 Punk-/Ska- und Hardcore Bands an dem Projekt beteiligt. Die Erlöse aus dem Verkauf gehen an den Berliner Refugees Strike. Die CD könnt ihr unter anderem im Autonomal Versand (*www.autonomal-versand.net*) oder bei DirAction (*www.diraction.org*) bestellen. Alternativ könnt ihr euch auch direkt bei uns melden (infonordost[ät]gmx.de).

Tracklist:

01. Mut zum Widerstand (Die Dorks)
02. Ihr (Kopfecho)
03. Sieg über die Vernunft (Dead Sheperd)
04. Makapuwaeukapuma (Die Börbons)
05. Roter Norden (Initiative Kantholz)
06. Dem deutschen Volke (Knabberspasz)
07. Exposed and neglected (Kaspar Hauser)
08. Die Hügel (Auslaufmodell)
09. Fünf vor zwölf (five to twelve)
10. Steh auf (Hamburger Abschaum)
11. Dreck (DiE WuT)
12. Lass deinen Ärger raus (Exkrement Beton)
13. Keine Gnade (Fortuna)
14. Spiel des Lebens (Pro Kontra)
15. Könige der Nacht (Fischmarkt)
16. Use your brain (Shitake)
17. Kakwse (Nitro Injekzia)
18. Kleines Nazischwein (Die Notenidioten)
19. Ballermann (DieVisitor)
20. Medien (Piratenpapst)
21. Medien II (Topfidel)
22. Got to get away (Skankshot)
23. Thorsten Stein (Vietsmorgen)